

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementpreis** mit der tgl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Dringerraten monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.—. Erscheint tgl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** Gr. Zingertstraße 14, II. Et. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
**Expedition:** Gr. Zingertstraße 14. Et. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

**Zusätze** werden der 6spaltigen Zeitspalte mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. **Bevorschauungen** 25 Pf. **Interesse** müssen bis spätestens 1/10 Uhr nach in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 20.

Dresden, Sonnabend den 25. Januar 1913.

24. Jahrg.

Eine in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung veröffentlichte Regierungsnote kündigt die Einbringung einer Militärvorlage für die heutige Tagung des Reichstages an.

Brands Programmklärung wurde in der Kammer gegen 77 Stimmen gebilligt.

Kaolai Wei, der neue türkische Minister des Innern, erklärte in einer Zirkularnote an die Provinzialbehörden, daß die Wiederaufnahme des Krieges wahrscheinlich sei.

Bei der Schleierei in der Pforte wurden mehrere Personen getötet.

Beim Einsturz eines Warenhauses in Tergast wurden 26 Personen getötet, 20 Personen werden vermisst.

## Die Zunge gelöst!

Militärvorlage in Sicht.

Die am Donnerstag im Reichstag eingebrachte sozialdemokratische Anfrage über die Verhältnisse der Militärvorlage hat schnell ihre Wirkung ausgeübt. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung bringt am Freitag abend die folgende Regierungsnote:

„Ein dieses Blatt will erfahren haben, daß seit längerer Zeit zwischen den maßgebenden Stellen der Reichsregierung um eine neue Militärvorlage erörterte Kämpfe geführt wurden. Es handelt sich hier um aufgeregt erörterte, mit denen der Sache, die in Frage steht, schlecht gedient ist. Die maßgebenden Stellen sind längst einig darin, daß eine Reihe von Wehrbedürfnissen unseres Heeres befriedigt werden müssen. Es ist beabsichtigt, dem Reichstage im Laufe dieser Tagung eine Vorlage zugehen zu lassen. Die Vorarbeiten dazu nehmen ihren regelmäßigen Fortgang. Vor ihrem Abschluß können natürlich keine Angaben über den Inhalt gemacht werden.“

Seit Monaten gingen mehr denn je in der Chaubinsienstraße und in den Zusammenkünften des nationalistischen Wehrvereins die Kreisläufe nach neuen Heeresvermehrungen. Und seit Wochen wurden von denselben Leuten die Anführungen laut, daß ihren Forderungen bald durch die Regierung Erfüllung zuteil werden solle. Vor etwa 14 Tagen stimmte die Post ein Triumphgeschrei über die nahe bevorstehende ihrer militärischen Wünsche an, und jüngst veröffentlichte das Echoblatt den erstaunlichen Artikel über „Die Forderungen der Armee“. Dazwischen gingen allerlei hüßige Neuierungen gegen „das schlafende Kriegsministerium“ und andererseits über Konflikte zwischen Kriegsministerium und Reichswehrkommando. Andere Blätter wieder besitzten die Wichtigkeit all der Meldungen und wandten sich gegen die wilde chaubinsienische Stimmungsmache. Aber die Regierung blieb stumm. Sie kümmerte sich nicht um das vielfach geäußerte Verlangen, daß sie endlich klaren Wein einschenken solle. Dies Mittelstück über die Militärvorlage und die Geheimnistuerei der Regierung trug dazu bei, die Beunruhigung in der Bevölkerung, die durch die türkischen Weltverhältnisse gegeben ist, zu steigern.

Die sozialdemokratische Anfrage hat nun diesem Mäglichkeiten ein schnelles Ende bereitet. Die Regierung gibt bekannt, daß eine neue Heeresvorlage vorbereitet wird und daß sie dem Reichstage noch im Laufe dieser Tagung zugehen soll.

Die amtliche Erklärung verweigert aber jede nähere Angabe über den Inhalt und Umfang der beabsichtigten Forderungen. Es klingt nur recht verheißungsvoll, wenn von einer „Reihe von Wehrbedürfnissen unseres Heeres“ geredet wird. Es steht also ohne Zweifel eine neue ansehnliche militärische Verstärkung bevor. Das Programm der Wehrvereine ist lang und schwer, und es muß damit gerechnet werden, daß die Regierung „den Forderungen der Armee“ in sehr weitem Umfang Gehorsam bezeigen wird.

Eine starke Zustimmung stellt die Behauptung der Regierungsnote, daß die maßgebenden Stellen sich „längst einig“ über diese Fragen seien. Wäre dies wirklich der Fall, so könnte man kaum jetzt noch in den „Vorarbeiten“ stehen. Vielmehr scheint diese Einigkeit erst herbeigeführt worden zu sein, seitdem der Kaiser sein Wort in dieser Sache gesprochen hat. Die Post erzählt von den Unterhaltungen, die der Kaiser mit den kommandierenden Generalen beim Neujahrsempfang gehabt habe. Da hat sich die Erkenntnis von den „Wehrbedürfnissen“ durchgesetzt und der Entschluß zur neuen Militärvorlage wurde gefaßt. Nun müßten der schlafende Kriegsminister und der mit Steuerjorgen belastete Reichswehrminister einschweigen.

Der Kriegsminister v. Seeringer hat bei der Vertretung der Militärvorlage von 1910 sich gegen weitergehende Forderungen der nationalistischen Rüstungstreiber gewendet. Er hat dann bei der Beratung der letzten großen Militärvorlage im April und Mai sich dafür eingesetzt, daß diese Vorlage in vollem Maße genügend sei. Und der Reichstagsvizepräsident hat am Schluß der vorigen Reichstagstagung die bewilligungstreuen Parteien des Reichstages, die Männer von Herderbrand bis Biemer, mit höchsten Lobesprüchen bedacht. Am 1. Oktober 1912 ist mit der Durchführung der auf 5 Jahre berechneten militärischen Neuorganisationen und Vermehrungen begonnen worden. Und jetzt — im Januar

1913 — sind sich die „maßgebenden Stellen“ „längst einig“, daß die Bedürfnisse des Heeres nicht befriedigt wurden, daß es bald eine weitere Vorlage erforderlich sei! Ein solch unglückliches Schauspiel ist trotz alledem noch niemals gegeben worden. Wild und wahnwitzig fährt der Chaubinsienismus durch die Lande und heißt ungezügelt, immer sich steigende Opfer vom deutschen Volke.

Und der Reichswehrminister? Wie sollen diese allerneuesten, scheinlich sehr umfangreichen Militärordnungen bezahlt werden? Eine echte Besitzsteuer wird von den Militärparteiern verlangt, ein Blendwerk nur will des Reiches Kaugummi aufführen, und er ist überzeugt, daß so auch die Nationalliberalen sich mit Konserpativen und Zentrum zusammenhängen lassen werden. Eine große Militärvorlage, verpackt mit einer lächerlichen Scheinbesitzsteuer — das ist das edle Ziel der regierenden Herrschaften. Dem Zentrum gibt man wohl noch ein gemildertes Jesuitengesetz als Leinwand obendrein.

Wit solcher Politik wirft die herrschende Macht der Militaristen und Steuerdienern den arbeitenden Massen von neuem in aller Brutalität den Fehdehandschuh hin. Die Arbeiterklasse wird ihr aufnehmen und diese volkstümliche und die weltpolitischen Zustände neu bedrohende Politik aufs schärfste bekämpfen!

Bonn, 24. Januar. Wie die Köln. Volksztg. erfährt, wird die neue Heeresvorlage etwa 70 Millionen Mark jährlich für Heeresausgaben fordern. Es sei möglich, daß der jetzige Kriegsminister die Vorlage nicht mehr vertreten werde, sondern sein Nachfolger.

## Der Konstantinopeler Umsturz.

Die neue Regierung in Konstantinopel hat sich wieder fest im Sattel. Mahmud Schewket hat sich das neue Ministerium zusammengestellt, ein Ministerium, dessen Mitglieder eine gemäßigt-jungtürkische Programmschule bilden. Die Militärjurisdiktion, die seit der Verrückung der Abdul Samidschen Despotenwirtschaft vom Rücken des Volkes eigentlich nie heruntergekommen ist, macht sich wieder in der Hauptstadt breit. Die Janitur wird streng gehandhabt, Mißliebige werden eingekerkert, Niamil Pascha nebst einigen Getreuen wurde verhaftet, Patronen durchziehen die Stadt und zur Vernichtung der Bevölkerung sowie der Diplomaten werden die besten Regierungsabsichten verknüpft. So heißt es, daß das Kabinett die Friedensverhandlungen nicht abbrechen werde, nur Adrianopel müsse die Türkei nicht hergeben. Da die Verhandlungen aber gerade darauf bestehen, so stehen die Dinge wieder auf dem alten brenglichen Fleck und bei den Mächten herrscht wieder einmal Verwirrung.

Es steht ein Ethik Renessé in der Art, wie die Mächte durch die Balkanwirren aus einer Verfassung in die andere verführt werden. Sie, die solange mit der Not der Balkanländer gespielt haben, die ihre Diplomaten an den Balkanhöfen eine Intrige nach der anderen spielen ließen, sie stehen sich plötzlich nationalen Kräften gegenüber, die eine Mächtepolitik nach der andern zu Balkanieren machen. Der Balkankrieg, den das aufatmende Europa schon beendet glaubte, kann jeden Augenblick wieder beginnen, wir stehen vor den alten Gefahren, die allen Völkern umfließen wieder den Horizont.

Im Reichstag hat Wassermann die Anfrage an die Regierung eingebracht, ob es wahr sei, „daß zwischen England, Frankreich und Rußland bestimmte Vereinbarungen über eine Abgrenzung der gegenseitigen Interessensphären in den armenischen, syrischen und arabischen Gebietsteilen der Türkei getroffen worden sind“. Diese Anfrage kann umgedeutet werden als Einleitung einer großen nationalistischen Agitation, die die Regierung zum stärksten Widerstand gegen eine Aufstellung der asiatischen Türkei oder aber zur entschiedensten Inanspruchnahme eines Teiles der Weste aufzuredern soll. Die albanische Post gibt sich keine Mühe, ihre Sympathien mit den jungtürkischen Organisatoren der Militärrevolte zu verbergen, sie billigt die Ermordung des Kriegsministers Kasim Pascha mit den Worten, die ihn traf, hätte keinen größeren Schädling der Türkei aus dem Wege räumen können. Und die Ruffische Zeitung, die für die Wünsche der Wiener Kriegspartei eine seine Witterung hat, droht mit dem österreichischen Einmarsch in Serbien und Rußisch-Polen und mit der Besetzung der agäischen Inseln durch Italien!

Was wird die deutsche Regierung tun und was soll sie tun? Wäre es mit der Aufstellung der asiatischen Türkei ernst, so wäre es begreiflich, wenn die deutsche Regierung versuchen würde, sie mit diplomatischen Mitteln zu verhindern. Auf keinen Fall aber könnte aus dem Verhalten der Tripelentente, wie es die Anfrage Wassermanns als gegeben annimmt, eine Kriegspolizei der deutschen Regierung gerechtfertigt werden. Denn die Opfer und Gefahren einer solchen Politik stehen in keinem Verhältnis zu dem Schaden, der aus der Verhinderung der türkischen Katastrophe dem Deutschen Reich erwachsen könnte.

Die kapitalistische Wirtschaft des Reiches hat sich bisher ohne nennenswerten Kolonialpolitik gemalt entwickelt, sie hat von den imperialistischen Gesetzen anderer Mächte bisher nicht

nur keinen Schaden gehabt, sondern im Gegenteil aus ihnen Nutzen gezogen insofern, als sie sich durch ihre Ausfuhr an der Exploitation der erschlossenen Gebiete erfolgreich beteiligt hat. Die Verletzung der asiatischen Türkei durch fremde Deutmacher könnte dem deutschen Volk wenig sympatisch sein, aber die deutschen Geschäftsleute hätten kaum einen Grund, sich über den künftigen Erfolg einer solchen Operation zu beklagen.

Wenn es gelingt, die Türkei trotz der jungtürkischen Revolte zum Frieden zu zwingen, den ihr der einseitliche Wille der Mächte geboten hat, und wenn es weiter zu erreichen ist, daß sich die deutsche Regierung mit der englischen und der französischen über die Erhaltung der asiatischen Türkei verständigt, so wird man das als die glücklichste aller möglichen Lösungen begrüßen dürfen. Nimmt aber das Verhältnis seinen Lauf, so bleibt nichts anderes übrig, als Gewehr bei Fuß zu stehen und die Dinge geschehen zu lassen. Das deutsche Volk wird gewiß keine Freude empfinden, wenn der Parisismus seine Lagen auf die transkaukasischen Gebiete des Ostans legt, es kann sich aber auch nicht für die türkischen Schächer Armeniens begeistern. Es wünscht Syrien und Arabien eine glückliche nationale Selbstverwaltung, die sie unter dem Türkenregiment freilich noch niemals bejessen haben, es will sich aber auch nicht mit aller Welt schlagen um ein Stück Anatolien oder Mesopotamien. Treibt unsere Regierung eine Politik des Friedens und der Verständigung mit den Westmächten, so wird sie in ihrem Verhalten durch den Willen der Massen gedeckt sein. Läßt sie sich von den albanischen Hechern zu Vorbeilen verleiten, so wird sie die Massen des Volkes gegen sich haben.

## Die neue Regierung.

Konstantinopel, 24. Januar. Gegen Mittag begaben sich die Minister in den Palast. Der frühere Minister des Innern, Karamanlidan, wurde gebeten, ebenfalls zu kommen, um die Regierung über die internationale Lage zu informieren. Während des ersten Ministerrates, der heute nachmittag stattfinden wird, soll über eine gezielte Antwort der Note der Großmächte beraten werden. Der jetzige Generalminister Kasim Pascha ist heute früh unter militärischen Ehren in Gegenwart von Mahmud Schewket Pascha beerdigt worden. Der frühere Großminister Niamil ist in seinen Konak juridisziert.

Konstantinopel, 24. Januar. Das neue Kabinett hat umfangreiche Maßnahmen getroffen, um weitere Unruhen sofort unterdrücken zu können. Das Leben der Wochenschrift war zu seiner Minute bedroht. Alle jungtürkischen Journalisten, früheren Deputierten und Beamten, die wegen Freiheitsvergehen gefangen gesetzt worden waren, sind freigelassen worden. Das neue Kabinett legt sich ganz aus hervorragenden Mitgliedern des jungtürkischen Komitees zusammen. Abends haben die Minister den Eid geleistet. Der Ministerrat beriet darauf auf der Pforte über die Frage: Krieg oder Frieden, und über die Antwortnote an die Großmächte. Der neue Minister des Innern, Hadschi Abd. hat in einem Zirkulartelegramm an die Provinzialbehörden unter anderem erklärt, er werde nicht persönlich das Kommando geben und fähige Beamte nicht ohne Grund ersetzen. Ruffische Ven ist energisch zum Minister des Innern ernannt worden. Hassan Ali, der Direktor des Abend- und Tschad, der Geschäftsführer des Idam, sind verhaftet worden. Andere kompromittierte Journalisten hatten sich verborgen. Die fremden Militärattachés mochten der Verlegung Kasim Paschas bei.

## Der Palast.

Konstantinopel, 24. Januar. Der Staatsstreich, war seit langem vorbereitet, man wartete nur auf einen günstigen Moment zur Ausführung. Das Kabinett hatte hier 13 ergebene Exzellenzen und 3 Wachschiffenkommandanten. Diese wurden gestern mittig zu Lebkuchen nach dem eine halbe Stunde entfernten Freiheitskugel fortgeschickt und das dem Komitee ergebene Batoilan Niamil zum Dienst auf der Pforte herangezogen. Daher kam es, daß die Soldaten während der Demonstration ruhig Gewehr bei Fuß standen. Die Kammer soll in der nächsten Zeit wieder einberufen werden. Verschiedene Blätter der Ententisten sind unterdrückt worden.

Konstantinopel, 24. Januar. Ende Wei war mit 30 Offizieren und Unionisten in Zivil in das Gebäude der Pforte eingetreten, während draußen die Mollas warteten. Der Adjutant Niamil Pascha stellte sich ihnen entgegen, und der Adjutant des Generalstabs suchte ihn in der Abwehr gegen die Einbringlinge zu unterstützen. Es wurden Schüsse gewechselt, und einer von ihnen traf den Generalstabschef Kasim Pascha, der auf den Rücken hin herbeigefallen war. Ueber den Reichtum des gefallenen Ministers hinweg schritt Ende Wei mit den anderen in den Beratungssaal. Er forderte die Minister auf, zu demissionieren, und begab sich nach erfolgter Zustimmung zum Sultan ins Palast, von wo er mit dessen erstem Sekretär zurückkehrte, der die Demission Niamils und des Kabinetts in Empfang nahm. Die Minister werden hienach. Das provisorische Kabinett war bereits in Tätigkeit.

Konstantinopel, 25. Januar. Wie erst gestern festgestellt werden konnte, wurden bei der Blutigen Ebene vor dem Ministerrat neun Personen getötet. Gestern vormittag wurden aus der Pforte neun Leichen herausgetragen. Die Opfer sind außer dem Kriegsminister seine beiden Adjutanten Kasim und Salih, ein Diener des Justizministers, ein Diener der Pforte, ein Sekretär der Draganom Reichs. Das neunte Opfer ist bisher unbekannt. Ein früherer jungtürkischer Deputierter soll den Kriegsminister erschossen haben.

Die sozialdemokratische Anfrage hat nun diesem Mäglichkeiten ein schnelles Ende bereitet. Die Regierung gibt bekannt, daß eine neue Heeresvorlage vorbereitet wird und daß sie dem Reichstage noch im Laufe dieser Tagung zugehen soll.